

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

(Es gilt das gesprochene Wort.)
(kursiver Text nur in der Langfassung für das Protokoll)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen den Standpunkt der Verwaltung, wie mit den isolierten Corona-Kosten künftig umgegangen werden könnte, dass das einzige Tierheim im Kreis Heinsberg endlich über eine feste Finanzierungsgrundlage verfügt und dass für die Finanzierung ordentlicher Beschäftigungsverhältnisse an der VHS mehr Mittel bereitgestellt werden. Ein Punkt, der für die Beschäftigten der Kreismusikschule leider bislang nicht realisiert wurde, wo wir aber ebenfalls prekären Beschäftigungsverhältnissen im Kreis Heinsberg keinen Vorschub leisten wollen. Hier muss aus unserer Sicht dringend nachgearbeitet werden.

In wichtigen Zukunftsfragen spiegelt der Kreishaushalt die verfehlte Politik des vergangenen Jahres wider. Der Klimaschutz bleibt auf der Strecke. Wir haben ein Klimaschutzkonzept, das bereits 2013 von unserer Fraktion beantragt und von der CDU noch abgelehnt, 2015 dann nach einer Schamfrist von dieser selbst beantragt, beschlossen und 2018 vorgestellt wurde. Das Klimaschutzkonzept war ein Anfang, jedoch von Anfang an lückenhaft; so z.B. fehlt darin der für unseren Kreis überaus relevante Sektor Landwirtschaft komplett. Und dieses Konzept wird in viel zu großen Teilen leider schleppend, unvollständig oder mangelhaft umgesetzt.

Schleppend z.B., was den Beitritt zur AGFS betrifft, der von einem unterbesetzten Amt betrieben wurde und fünf Jahre dauerte.

Unvollständig, wenn ausgerechnet an der Entwicklung eines Strategiekonzeptes zum Ausbau der Erneuerbaren Energien im Kreisgebiet nicht mehr gearbeitet werden soll. Gerade dieser Punkt hat herausragende Bedeutung, weil Klimaneutralität ohne den forcierten und massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien bei uns vor der Haustür nicht möglich ist. Die Dekarbonisierung der Stromerzeugung ist in Deutschland erst zur Hälfte geschafft und für die Elektromobilität wird ebenso zusätzlicher Strom benötigt wie für die Wärmewende und die Produktion von Wasserstoff, der gerne von der Politik gehypt wird, weil sich damit zumindest theoretisch alle Energieprobleme ökologisch lösen lassen, wo eine direkte Elektrifizierung bisher kaum möglich erscheint, z.B. im Flugverkehr oder bei der Stahlerzeugung. Deswegen soll ja auch der HydrogenHub mit Strukturhilfemitteln im Kreisgebiet entstehen. Dann muss aber gleichzeitig auch in großem Maßstab für den grünen Strom gesorgt werden, mit dem die Elektrolyse betrieben werden soll. Aktuell besteht die Selbstversorgungsquote des Kreises mit regenerativem Strom bei gerade mal 34 Prozent. Das ist für einen Kreis mit viel Fläche und relativ wenig Einwohnern ein eher bescheidener Wert. Hier muss der Kreis unbedingt aufholen. Auch wenn man sich nicht mit dem Kreis Paderborn vergleichen muss, der bereits 112 Prozent erreicht hat, zeigt z.B. ein Blick in den Kreis Steinfurt, dass mit einer gezielten Strategie, die eine breite Basis von Akteuren einschließt, gute Chancen bestehen, schnell genug die 100 Prozent und mehr zu erreichen. Es reicht dazu aber eben nicht, lediglich Gespräche mit Stromversorgungsunternehmen zu führen. Hier muss sich die Politik viel stärker engagieren. Man sieht das auch in Zahlen. Während die Gemeinde Waldfeucht bereits vor Jahrzehnten gezielt Windparks angesiedelt hat und im Kreis der Spitzenreiter bei den Erneuerbaren Energien mit 138 Prozent Eigenversorgungsquote ist, kommt die Stadt Wassenberg auf gerade einmal 7,5 Prozent, wo das Versagen der Politik bei der Planung der Erneuerbaren Energien mittlerweile sogar die Gerichte beschäftigt. Wir sind also noch weit davon entfernt, im Kreis ein schlüssiges Konzept für den dringend benötigten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu haben. Wann wird das endlich angepackt?

Wir ärgern uns ferner, wenn die Verwaltung selbst einfache Schritte zu mehr Klimaschutz z.B. in der

Beschaffung nicht hinbekommt. Die Kreisverwaltung sieht sich nach eigenem Bekunden außerstande, auf Recyclingpapier umzusteigen. Stattdessen wird Papier von einem großen Konzern beschafft, der z.B. gegenwärtig die Abholzung von hunderttausenden Hektar Wald in Afrika plant, um dort Eukalyptusbaumplantagen anzulegen.

Völlig am Klimaschutz vorbei geht es auch bei der Umstellung auf Ökostrom für die kreiseigenen Liegenschaften. Im Klimaschutzkonzept steht ganz eindeutig, dass beim Wechsel auf ein Gütesiegel zu achten ist, so dass am Ende auch wirklich das Klima gewinnt, weil der Strom aus zusätzlichen Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung stammt. Statt dessen lässt sich der Kreis für tausende Euro ein Zertifikat andrehen, das am Strombezug nichts ändert. Folge: Dem Klima ist kein bisschen geholfen, der Kreis ist sogar noch Geld losgeworden, aber auf dem Papier haben wir Ökostrom für die kreiseigenen Liegenschaften beschafft. So steht es auch nachzulesen in der Antwort auf unserer Anfrage zu den bisherigen Klimaschutzmaßnahmen. Fairerweise stehen dabei keine Emissionseinsparungen angegeben. Hätte man sich ans Klimaschutzkonzept gehalten, wären es rund 279 Tonnen pro Jahr gewesen und damit ein Vielfaches von allem, was bisher an bezifferbaren Emissionsminderungen durch die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes erreicht wurde. Diese sind laut der Antwort auf unserer Anfrage eher dürftig, was trotz des erkennbaren Bemühens, möglichst viele Maßnahmen aufzuzählen, deutlich ins Auge fällt. Im Sinne der Anfrage sind es die PV-Anlagen auf den Deponien, das öffentlichkeitswirksame Sunsail vor der Kreisverwaltung und das Stadtradeln, welche sich auf ganze 44 Tonnen pro Jahr und einmalig 46 weitere Tonnen summieren. Dabei ist das vorliegende Klimaschutzkonzept mit seinen begrenzten Maßnahmenvorschlägen ohnehin nur ein Anfang in eine klimaneutrale Zukunft des Kreises. Es ist kein systematischer Weg zur Reduzierung möglichst vieler Emissionen im Kreisgebiet oder auch nur innerhalb der Kreisverwaltung. Das muss aber auch der Kreis Heinsberg als Teil Deutschlands bis 2045 schaffen. Wie etwa die Kreisverwaltung ihren Energiebedarf künftig komplett regenerativ deckt und insbesondere wie der für den Kreis so wichtige Sektor der Landwirtschaft seine Emissionen reduziert, fehlen vollständig. Sowohl die landwirtschaftlich genutzte Fläche als auch der Stickstoffüberschuss liegen im Kreis Heinsberg deutlich über dem Landesdurchschnitt. Somit liegt auch der Anteil der Treibhausgasemissionen von bundesweit ca. 9 Prozent bei uns wesentlich höher. Eine Möglichkeit zur Reduzierung wäre die Förderung des Ökolandbaus gewesen, wie wir das beantragt haben, was jedoch abgelehnt wurde, auch von der Verwaltung. Gespräche mit Landwirten, um sie zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft zu bewegen, seien zwecklos. Auf der zur Alibi-Veranstaltung geschrumpften Klimakonferenz erfuhren wir dann vom Landrat, dass man nun doch deswegen in Gesprächen mit Landwirten sei. Wir ersparen uns die Frage nach der Anzahl der Landwirte, die man auf diesem Weg überzeugt hat.

Eine Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes ist nicht gewünscht und steht nicht im Haushalt. Zusätzlicher Sachverstand in Form eines mit Fachleuten besetzten Klimaschutzbeirates ist ebenfalls nicht erwünscht, so dass hier auch keine Besserung zu erwarten ist. Unser entsprechender Antrag wurde u.a. mit dem Verweis auf den Prozess der Zertifizierung als Globale Nachhaltige Kommune abgelehnt. Das nährt unseren Verdacht, dass diese wie befürchtet dazu benutzt werden wird, Vorstöße und Anträge z.B. von unserer Seite, die in Richtung Nachhaltigkeit gehen, abzulehnen. Es war auch hier nur eine Schamfrist, die zwischen unserem Antrag zur Zertifizierung zum Fairtrade-Kreis 2018 und dem mit heißer Nadel gestrickten Antrag der CDU zur Bewerbung als Globale Nachhaltige Kommune 2021 lag. Globale Nachhaltigkeit ist aber ohne fairen Handel nicht möglich. Nicht viel besser sieht es bei anderen Zukunftsfragen aus. Es reicht eben nicht aus, bei jeder Gelegenheit wohlklingende Fahnwörter wie „Digitalisierung“ zu benutzen und zu meinen, diese quasi mit einem Beschluss herbeiführen zu können. Man muss auch wissen, was genau damit erreicht werden soll und welche Ressourcen die Verwaltung dazu braucht. Dass dies bisher nicht der Fall ist, lässt sich daran erkennen, dass die Kreisverwaltung trotz pandemiebedingtem Homeofficegebot die Zahl der Beschäftigten in alternierender Heimarbeit innerhalb eines Jahres um gerade einmal drei Prozent auf etwa zehn Prozent steigern konnte. Wir brauchen bei diesem Tempo also noch zehn Jahre, um auf rund 40 Prozent zu kommen, was immer noch eher wenig wäre. Der

Kämmerer hat trotz oder wegen unseres entsprechenden abgelehnten Antrags über eine halbe Millionen Euro mehr für die Einführung der digitalen Akte und die dringend benötigten Fachanwendungen in den Haushalt „eingeschmuggelt“, möchte ich fast sagen. Das schafft bei uns jedoch keineswegs die Zuversicht, dass es nun doch schneller gehen wird, zumal die Mittel für Anschaffung und Support entsprechender Endgeräte für die Kreisbeschäftigten dann immer noch fehlen.

Der Kreis Heinsberg hat auf unseren Antrag hin nach fünf langen Jahren endlich die Anerkennung als fahrradfreundliche Kommune erhalten und legt nun einen Haushaltsentwurf vor, in dem für den Straßenbau immer noch deutlich mehr veranschlagt wird als für den Ausbau von Radwegen und den Klimaschutz zusammengenommen. Diesem Entwurf, der aus unserer Sicht nicht zukunftsorientiert ist, werden wir aus den genannten inhaltlichen Gründen nicht zustimmen.

Jörg van den Dolder